Erscheint wöchentlich 3 mal | Fernsprecher Amt Ohle 7645 | Vierundzwanzigster Jahrgang

Brockauer Zeitung

Zeitung für den Landkreis Breslau

Amtliches Publikations-Organ für die Gemeinde und den Amtsbezirk Brockau, sowie die Gemeinden Groß- und Klein-Tschansch

Druck und Verlag von Ernst Dodeck, Brockau. Expedition Bahnhofstraße 12. — Postscheck-Konto Breslau 10795. — Inserate finden die beste und weiteste Verbreitung.

Nr. 124 | Bezugspreis vom 18. — 24. Oktober 30 Goldpfennige. Monatlich 1,25 Goldmark, bei der Post 1,30 Goldmark. 7 gesp. Millimeterzeile 6 Goldpfennig, Auswärts 8 Goldpfennig, Heilmittel 12 Goldpfennig, Industrieanzeigen 20 Goldpfennig. | Brockau. Dienstag, den 21. Oktober | Verantwortlich für die Redaktion Ernst Dodeck, Brockau Bahnhofstraße 12. Sprechstunde täglich von 9 bis 10 Uhr, außer Sonn- und Feiertags. Bei Streiks oder Betriebsstörung kann der Bezieher Ersatzansprüche nicht erheben. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. | 1924

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, den vollen Monat zu beziehen u. etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen Bezugsänderungen werden nur bis 28. jedes Monats in unserer Expedition angenommen.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Um die deutsche Regierungskrisis einer Lösung näherzuführen, ist jetzt der Plan aufgetaucht, das Kabinett Marx durch einige Fachminister zu vervollständigen.

* Bei einem Empfang Dr. Eckeners und der übrigen deutschen Führer des „Z. R. 3" durch den amerikanischen Präsidenten Coolidge wurden die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland betont.

* Das an die Vereinigten Staaten abgelieferte Luftschiff „Z. R. 3" hat dort den neuen Namen „Los Angeles" bekommen.

* In Frankreich ist anscheinend Meinung dafür vorhanden, nicht auf der Zerstörung der Zeppelinwerft in Friedrichshafen zu bestehen, vielmehr ein neues Luftschiff für Frankreich dort bauen zu lassen.

* Im chinesischen Bürgerkrieg ist die Stadt Kanton zum großen Teil niedergebrannt worden.

Gefahren für England.

Es brodelt und kocht wieder einmal allüberall in Vorderasien. Vor allem sind es drei Gefahrenzonen, wo jetzt, im Zeitalter der „Völkerversöhnung", die Gewehre krachen, ja sogar Kampfflieger und Bombengeschwader in Tätigkeit treten.

Der alte, tiefwurzelnde Haß des Türken gegen England hat es zu einer merkwürdig aufgenommenen Erscheinung gemacht, daß zwischen beiden Staaten eine Zeitlang verhältnismäßige Ruhe bestand. Noch jetzt werden jedem Türken aus Haß die Augen dunkel, wenn er nur das Wort „England" ausspricht. Nun ist, seitdem die Lausanner Konferenz die Mossulfrage ungelöst ließ, es dort oben am oberen Tigris, wo die gewaltigen Petroleumvorräte einen Staat wie England zum Zugreifen geradezu reizen müssen, seit Monaten wieder zu erbittertsten Kämpfen gekommen, und das hat eine derartige diplomatische Spannung zwischen der Türkei und England hervorgerufen, daß man schon zu offenen Kriegsdrohungen schreitet.

Dabei hat England selbst offiziell natürlich mit der ganzen Geschichte gar nichts zu tun, höchstens insofern, als die Anglo-Persian-Company, die die Ausbeutung der weiter südlich gelegenen Petroleumbeckens betreibt und sich nun nach Norden hin ausdehnen will, eine englische Gesellschaft ist. Staatsrechtlich kommt hier ein arabischer Staat der Irak, in Frage, der aber bekanntlich von den Engländern nach der Eroberung des Zweistromlandes begründet wurde und wo einer der Söhne des jetzt geflohenen Großscherifen von Mekka, Hussein, „regiert". Denn der wahre Regent ist natürlich der Engländer. Der Kampf gegen die türkischen „Banden" erfolgt denn auch mit allen Mitteln moderner Kampftechnik, aber auch in der von England meisterhaft ausgebildeten Intrige, indem man es versteht, dort die einzelnen aufs erbittertste mit einander verfeindeten Völkerschaften gegeneinander auszuspielen. So ließ der Engländer beispielsweise seinen gefährlichsten und energischsten türkischen Gegner, den Wali von Hakkiara, auf einer Reise von den Nestorianern gefangennehmen und entführen, was wieder Kema Pascha, den Präsidenten der Türkei, „zur sofortigen Einberufung des Parlaments nach Angora, zum Protest gegen Englands Vorgehen, inoffiziell sogar zu offener Kriegsdrohung veranlaßte. England erläßt Gegenproteste, beruft sich, ebenso wie die Türkei, auf sein aus dem Lausanner Vertrag hervorgehendes „gutes Recht", und nun soll wieder einmal der Völkerbund helfen. In einer Lebensfrage der Türkei, die gar nicht Mitglied ist! Irgendwelche theoretisch-rechtlichen Unterlagen für eine Entscheidung gibt es aber nicht, da die Türkei ausdrücklich die an und für sich schon reichlich unbestimmten Sätze des Lausanner Vertrages über die Mossulfrage nicht ratifiziert hat, vielmehr die Einsetzung einer Kommission erreichte, die zwar dreiviertel Jahre beriet, aber zu keinem Entschluß kam. Das entscheidende Wort sprechen vielmehr dort die Gewehre.

An der syrisch-türkischen Grenze, an der die Franzosen mit Flugzeugen und Granaten gegen türkische Dörfer wirkten, ist es etwas ruhiger geworden, aber in dem „großarabischen Reich" geht es desto turbulenter zu. Die Wahabiten, jener fanatisch-mohammedanische Stamm Mittelarabiens, haben nicht bloß der englisch unterbauten Herrlichkeit des Scherifen Hussein in Mekka duch Eroberung der „Heiligen Stadt" ein Ende gemacht, sondern auch das ostpalästinensische Reich seines anderen Sohnes stark bedroht. Bis zu seiner im Nordosten des Toten Meeres liegenden Hauptstadt Amman sind sie vorgestoßen. Vater und Sohn werden jetzt wohl schon wohlgeborgen auf einem englischen Kriegsschiff sitzen. Es bekommt diesen vorderasiatischen Fürsten nicht allzu gut, das Brot Englands gegessen zu haben. Vielmehr bedeutet jetzt jener arabische Emir Ibn Saud in Arabien wieder alles, der bis zum Ende des Krieges fest auf der Seite der Türkei stehen geblieben war. Mit der Herrschaft Englands über die heiligen Stätten des Islam ist es fürs erste vorbei.

Und noch ein weiteres, mit alldem eng verknüpftes Gefahrenventil ist zugeschraubt worden: Zaglul, der ägyptische Ministerpräsident, ist tief erbittert von seiner Londoner Reise zurückgekehrt. „England hat von uns verlangt, daß wir uns selbst umbringen", hat er als Quintessenz seiner Besprechungen mit der englischen Regierung bezeichnet. England bleibt in Ägypten „zum Schutz des Suezkanals", England bleibt im Sudan und unterdrückt dort mit eiserner Hand jede Selbständigkeitsregung — aber es kann nicht verhindern, daß diese Erregung unter der Decke brodelt und trotz blutiger Unterdrückung hier und dort emporlodert. Und darum — das ist der Schlüssel zum Mossulkonflikt — ist es erbittertster, unversöhnlicher Gegner der Türkei, weil dieses Land für alle Erregung und alle Wünsche der vorderasiatischen Welt Vorbild und Führer ist.

Aufwertungspläne.

Beratungen im Reichstagsausschuß.

Im Unterausschuß des Reichstages für Aufwertungsfragen machte Dr. Emminger neue Vorschläge, die als Antwort auf die vom Vollausschuß gestellten Fragen zu betrachten sind. Dr. Emminger legte u. a. dar:

Eine Verzinsung der Reichs- und Staatsanleihen erscheint möglich, wenn sie sich beschränkt auf selbstgezeichnete, zwangsweise als mündelsichere Anlage erworbene oder infolge langen Besitzes ihnen gleichzustellende Stücke. Im übrigen bleibt die spätere gesetzliche Regelung des Zinsendienstes der Reichs- und Staatsanleihen — unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit — vorbehalten. Bezüglich der Gemeindeanleihen soll durch Reichsgesetz der allgemeine Aufwertungssatz Geltung bekommen. Eine Erhöhung des Umwertungssatzes für Hypotheken erscheint vorbehaltlich des Härteparagraphen wirtschaftlich tragbar. Eine Rückwirkung der Aufwertungsvorschriften erscheint möglich. Die Regierung wird um Auskunft darüber ersucht, inwieweit eine Rückwirkung das Ergebnis der Obligationssteuer in Frage stellt. Den Sparkassen sollen durch Bevorrechtigung bei den Reichsanleihen, Erhöhung des Aufwertungssatzes und Heranziehung der Garantenmittel zur Aufwertung in solchem Umfange zufließen, daß sich ihre Aufwertungsquote dem allgemeinen Aufwertungssatz nähert. Die aufgestellten Leitsätze für die Aufwertung von Forderungen bevorrechtigter Gläubiger der Reichs- und Staatsanleihen sagen im wesentlichen: als bevorrechtigt gelten 1. Fürsorgeempfänger im Sinne der Reichsverordnung vom 13. Februar 1923, 2. Selbstzeichner und ihnen gleichzustellende Zeichner, 3. Gläubiger, die nachweisen, daß sie zwecks Aufnahme von Kriegsanleihen sich dinglich belastet haben und mit dieser Belastung der Aufwertung unterliegen, 4. Gläubiger, deren Guthaben auf Grund gesetzlichen Zwangs zur mündelsicheren Anlage gegründet sind und ihnen gleichzustellende Gläubiger, wie Träger der Sozialversicherungen, Sparkassen, Lebensversicherungen usw. Voraussetzung ist, daß der Gläubiger oder sein Erblasser Anleihestücke seit dem 31. Dezember 1919 im Besitz hat.

Die Aufbringung der Mittel zur Verzinsung und Tilgung soll erfolgen durch Obligationssteuer, die Steuer auf Notgeldgewinne, eine Geldentwertungssteuer der Gemeinden und das Mehraufkommen an Kapitalertragssteuer, das durch die Aufwertung erzielt wird.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Räumungen in Dortmund und Remscheid.

Zur Räumung der Dortmunder Zone durch die Franzosen erfährt man von zuständiger Stelle, daß sich die Räumungszone bis zum Schnittpunkt der nördlichen Grenze des Landkreises Hagen und, dieser folgend, bis zur Ruhr erstreckt. Lütgen-Dortmund wird erst nach einiger Zeit geräumt werden. Dagegen bleiben die im Landkreis liegenden Städte Herdecke und Wetter auch weiterhin besetzt. Der städtischen Verwaltung in Remscheid wurden von der Besatzungsbehörde wieder zur Verfügung gestellt: die Vereinsschule, die als französische Schule und als Geschäftsräume für die französische Zivilverwaltung gedient hat, das Gelände, das als Militärgarten benutzt wurde, und das Gelände, das als Exercier- und Schießplatz diente. Schießübungen finden nicht mehr statt.

Nationaldenkmal für die Gefallenen.

Der Reichsrat wählte als Bevollmächtigte für den vorbereitenden Ausschuß zur Errichtung eines Nationaldenkmals für die Gefallenen im Weltkrieg Staatssekretär Weismann (Preußen), Gesandten von Preger (Bayern), Gesandten Dr. Gradnauer (Sachsen), Minister Dr. Münzel (Thüringen), Bürgermeister Petersen (Hamburg) und Gesandten Freiherr v. Biegeleben (Hessen).

Amerikanische Eisenbahndelegierte in Berlin.

Die amerikanischen Eisenbahndelegierten trafen in Berlin ein und unternahmen im Laufe des Vormittags mit den ihnen vom Reichspostministerium und der Elite-Gesellschaft für die ganze Zeit ihres Aufenthalts zur Verfügung gestellten Autos eine Rundfahrt durch Berlin. Im Hotel Adlon wurden die Delegierten von den beiden Schiffahrtsgesellschaften, dem Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie, festlich empfangen und begaben sich dann nach Potsdam und zur Eisenbahnausstellung in Seddin.

Der Abbau der Kommunalbeamten in Preußen.

Der Ausschuß des Preußischen Landtages für die Stadt- und Landgemeindeordnung beschäftigte sich mit dem von den Sozialdemokraten, den Demokraten und dem Zentrum eingebrachten Gesetzentwurf zur Abänderung der Personalabbauverordnung, der den Abbau von Magistratsmitgliedern, Bürgermeistern und Beigeordneten von der Zustimmung der Aufsichtsbehörde abhängig machen will. Der Ausschuß hat nach längerer Aussprache gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei diesen Gesetzentwurf angenommen.

Großbritannien.

× **Die Überzeichnung der deutschen Anleihe.** Nachdem die Zahlen der Bankfilialen aus der Provinz in London eingegangen sind, wird festgestellt, daß der englische Abschnitt der Reparationsanleihe mehrfach überzeichnet worden ist. In London wurde der ganze Anleihebetrag in der ersten Stunde erreicht. Im ganzen dürfte die Anleihe etwa dreimal überzeichnet sein.

× **Englisches Ultimatum an die Türken.** Nach Meldungen aus Angora hat das Kommando der englischen Truppen von der Irakfront einen Brief an das türkische Kommando gerichtet mit der Aufforderung, die Grenzfrage des Irak zu regeln. Der Rat der Vertreter der Kammer hat darüber beraten. Wegen des Ernstes der Lage hat er dem Präsidenten der Republik vorgeschlagen, die Nationalversammlung einzuberufen. Der Präsident hat diesen Vorschlag gebilligt. Der Kommissar des Innern ist aufgefordert worden, die Deputierten zu einer Sitzung einzuberufen.

China.

× **Schanghai gefallen. Wie gemeldet wird, haben sich die Tschekiang-Truppen, die bisher die Stadt gegen die regierungstreuen Kiangsu-Truppen verteidigten, ergeben. Ein Waffenstillstand mit Kiangsu ist abgeschlossen. Lu Yung-Shiang, der Generalgouverneur der Provinz Tschekiang, und sein Generalstabschef sollen nach Japan geflohen sein.**

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Orienterpreß wird vom 4. November 1924 ab wieder über Süddeutschland fahren, und zwar Dienstags, Donnerstags und Samstags ab Paris und in der Gegenrichtung Dienstags, Freitags und Sonntags ab Bukarest.

Hamburg. Der nach Hamburg bestimmte englische Dampfer „Admiral Hastings" ist infolge dichten Nebels bei Helgoland gestrandet. Von Cuxhaven sind Schleppdampfer zur Hilfeleistung ausgelaufen.

Amsterdam. Die holländische Königsfamilie reiste nach Mecklenburg, um an der Hochzeitsfeier des Herzogs Adolf Friedrich, eines Bruders des Prinzgemahls, mit der Prinzessin zu Stolberg-Roßla teilzunehmen.

Halle a. d. S. An verschiedenen Stellen der Stadt kam es zu politischen Demonstrationen. Dabei wurden an den Gebäuden linksgerichteter Zeitungen Beschädigungen angerichtet.

Budapest. Hinter dem nach seiner Freilassung verschwundenen Erzbergermörder Schulz wurde ein Steckbrief erlassen.

Berlin. Der internationale Bund christlicher Eisenbahner- und Straßenbahnergewerkschaften hält seinen diesjährigen Kongreß am 22. und 23. Oktober in Berlin ab.

Weimar. Zum Präsidenten der Thüringischen Staatsbank an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Loeb wurde Geheimer Finanzrat Prof. Dr. Jost, Mitglied des Direktoriums der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse in Berlin, ernannt. Dr. Jost ist gleichzeitig Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin.

Dresden. Der Sächsische Landtag wird am 4. November zusammentreten. Sofort nach dem Wiederzusammentritt werden die Fraktionen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei einen Antrag zur Beratung stellen, der eine Aufhebung der beiden sächsischen Revolutionsfeiertage fordert.

Rendsburg. In der geheimen Sitzung der Landessynode wurde zum Vorsitzenden der Kirchenregierung und Bischof von Schleswig gewählt: Geheimer Kirchenrat D. Dr. Rendtorf-Leipzig, zum Bischof von Holstein Generalsuperintendent D. Mordhorst-Kiel.

Paris. Wie das „Echo de Paris" meldet, wird der französische Botschafter de Margerie vorläufig auf seinem Posten in Berlin bleiben.

London. Aus Kairo wird der Tod Izzet Paschas in Heliopolis gemeldet. Izzet Pascha war seinerzeit die rechte Hand und der vertrauteste Ratgeber des Sultans Abdul Hamid.

Warschau. Die polnische Regierung hat die deutsche Gesandtschaft in Warschau benachrichtigen, daß sie ihre Genehmigung dazu erteilt, daß unterernährte Kinder notleidender Eltern von deutschen Familien in Polen aufgenommen werden.

Rom. Die Verlobung des italienischen Kronprinzen mit der Prinzessin Maria José von Belgien soll am 11. November, dem Geburtstag des Königs, erfolgen.

Konstantinopel. Die georgischen Revolutionäre sollen mehrere Petroleumraffinerien im Bakuer Distrikt in die Luft gesprengt haben.

Für das Verbleiben Geßlers.

Berlin, 20. Oktober.

Reichskanzler Marx hatte zum Schluß der vorigen Woche erklärt, er sei gesonnen, der Regierungskrise bis heute, Montag abend, auf diese oder jene Weise ein Ende zu machen. Der Reichstag solle dann am Mittwoch zusammentreten. In den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen war mittlerweile die Frage gerückt, ob der demokratische Reichswehrminister Geßler auch in einem nach rechts erweiterten Kabinett verbleiben werde, wenn seine Partei, die Demokraten, diese Erweiterung nicht mitmachen und aus der Regierung bei Eintritt der Deutschnationalen ausscheiden würden. Darüber beriet heute im Laufe des Tages die demokratische Fraktion, von einer Entscheidung wurde aber bis gegen Abend nichts bekannt. Dagegen gelangten zwei Briefe des Reichskanzlers an die Öffentlichkeit, von denen einer an die Demokraten und einer an die Deutschnationalen gerichtet war. Sie hatten folgenden Inhalt:

Der Reichskanzler **wünscht von beiden Fraktionen abends ihre Antworten, um sie dem zusammentretenden Kabinett mitteilen zu können. Von den Demokraten wird Antwort erbeten auf die Frage, ob sie bereit wären, in einem nach rechts erweiterten Kabinett Dr. Geßler als Reichswehrminister zu belassen; von den Deutschnationalen auf die Frage, ob sie bereit wären, sich bei einer Umbildung des Reichskabinetts mit den angebotenen drei (statt der geforderten vier) Sitzen zu begnügen. In dem Schreiben an die Demokraten appelliert der Kanzler an das vaterländische Gefühl der Partei. Den Deutschnationalen wird mitgeteilt, der Kanzler lege Wert auf das Verbleiben des jetzigen Reichsernährungsministers Graf Kanitz im Kabinett.**

Es wird auch davon gesprochen, daß Dr. Geßler sein Abgeordnetenmandat niederlegt und so, auch ohne Zustimmung der Fraktion, in der Regierung verbleibt. Der Reichskanzler soll aber Wert darauf legen, daß Dr. Geßler mit Zustimmung seiner Fraktion das Amt behält. Nach dieser Entwicklung hat es nun also den Anschein, als ob die Krise wirklich in jedem Augenblick — endlich — eine Lösung erfahren kann.

Die deutsch-französischen Beziehungen.

Eine Rede des Reichskanzlers Marx.

Das Blatt „Petit Parisien" veröffentlicht eine Unterredung, die Reichskanzler Dr. Marx mit einem Vertreter der Zeitung hatte. Auf die Frage, ob Frankreich an eine wirkliche Befriedung Deutschlands glauben könne, antwortete Dr. Marx: „Die Mehrzahl unseres Volkes fühlt keinen Haß gegen Frankreich. Die antifranzösische Bewegung, die während der Ruhrbesetzung zum Ausdruck kam, hatte in erster Linie politische Gründe. Jetzt, nachdem die Gründe verschwunden sind, macht die Befriedung jeden Tag weitere Fortschritte. Sie wissen, daß ein Teil unserer Rechtsparteien für die nach dem Dawes-Plan vorgesehenen Gesetze gestimmt hat. Das spricht deutlich dafür, daß sich auch bei den Nationalisten eine gewisse Neigung zu einer Annäherungspolitik geltend macht." Der Berichterstatter fragte auch, wie die innere Lage in Deutschland sei. Der Kanzler gab der Meinung Ausdruck, daß sich die Frage im Laufe der Woche entscheiden werde. Die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich sind noch im vollen Gange. Ich habe die Hoffnung, daß bei dem guten Willen, der beiderseits herrscht, es zu einem Resultat kommen wird, das die Entwicklung wirtschaftlicher und friedlicher Beziehungen zwischen den beiden Ländern ermöglicht.

Dr. Stresemann zur Regierungsbildung.

Eine Rede in Frankfurt a. M.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann sprach in Frankfurt bei einem Parteitage der Deutschen Volkspartei von Hessen-Nassau über die politische Lage. Er führte u. a. aus:

Erfreulicherweise haben wir gegenwärtig eine weitgehende Einigkeit über die Richtlinien der Außenpolitik. Mit Ausnahme der extremen Parteien links und rechts besteht Übereinstimmung darüber, daß die Politik des Reichs sich nur auf den in London getroffenen Vereinbarungen aufbauen kann. Weitgehende Einigkeit besteht im deutschen Volke auch in der Haltung gegenüber dem Völkerbunde. Wir würdigen durchaus die Rede Macdonalds, in der er Deutschland auffordert, dem Völkerbunde beizutreten, und die begeisterte Zustimmung, die der damit bei der Mehrheit des Völkerbundes fand. Aber man wird uns nicht verdenken können, wenn wir sorgsam prüfen und feststellen, ob wir in der Lage sind, die uns auferlegten Verpflichtungen in vollem Maße zu erfüllen.

In der Innenpolitik begegnen wir leider einer starken Zerrissenheit in der Frage der Regierungsumbildung. Wenn von der Deutschen Volkspartei gesagt wird, daß sie eine Schwenkung vollzogen hätte „von der großen Koalition zum Bürgerblock", so ist das eine vollkommen unzutreffende Darstellung. Die Deutsche Volkspartei wird es ablehnen, sich auf einen Weg drängen zu lassen, der die Sozialdemokratie prinzipiell von der Mitarbeit am Staate ausschließt. Wir werden diesen Fehler des alten Deutschland nicht wiederholen.

Die Deutsche Volkspartei lehnt einen sozialen und politischen Bürgerblockgedanken ab und wünscht nicht, daß Wahlen unter dem Schlachtruf „hie rechts, hie links" ausgefochten werden. Bleiben muß das Zusammenarbeiten der Mitte, an die sich gegenwärtig die Kräfte von rechts angliedern müssen.

Entscheidend für die gegenwärtige Lösung ist die Frage der Festigung des Staates. Man befürchtet eine Störung der Außenpolitik durch Hereinnahme der Deutschnationalen. Man bedenkt aber nicht, welche Störung die Außenpolitik durch eine hemmungslose Opposition der Deutschnationalen erfahren würde. Die Auflösung des Reichstags ist unerfreulich, weil sie das aufkeimende Vertrauen des Auslandes zu einer stetigen Entwicklung in Deutschland untergräbt. Trotz allem Wirrwarr bei den bisherigen Verhandlungen mit den Fraktionen soll man die Hoffnung auf eine positive Lösung nicht aufgeben

Der Reichstag aufgelöst.

Berlin, den 20. Oktober 1924.

Die Bemühungen des Reichskanzlers, die Regierung zu erweitern, um ihr eine sichere Mehrheit im Reichstage zur Fortführung der bisherigen Politik zu beschaffen, sind endgültig gescheitert. Daraufhin hat der Reichskanzler, da sich ein anderer gangbarer Weg nicht zeigte, in Uebereinstimmung mit dem gesamten Reichskabinett beim Reichspräsidenten die Auflösung des gesamten Reichstages beantragt, um dem Volk Gelegenheit zu geben, eine solche Mehrheit zu schaffen.

Der Reichspräsident hat dem Antrage des Reichskanzlers entsprochen und nachstehende Verordnung erlassen:

Parlamentarische Schwierigkeiten machen die Beibehaltung der gegenwärtigen Reichsregierung und gleichzeitig die Bildung einer neuen Regierung auf der Grundlage der bisher befolgten Innen- und Außenpolitik unmöglich. Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich hierdurch den Reichstag auf.

Berlin, den 20. Oktober 1924

Der Reichspräsident. gez. Ebert. **Der Reichskanzler.** gez. Marx.

Neuwahlen am 30. November oder Mitte Dezember.

Berlin, 20. Oktober. **Die Neuwahlen werden frühestens am 30 November stattfinden. Da aber in Preußen und Hessen Landtagswahlen bevorstehen, hat man den Wunsch, diese mit den Neuwahlen zum Reichstage zu vereinigen. Wenn das gelingt, so würden die Neuwahlen zum Reichstage erst Mitte Dezember erfolgen.**

Nach Artikel 25 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 muß die Neuwahl spätestens am 60. Tag nach der Auflösung, d. h. also, da die Reichstagswahlen an einem Sonntag stattfinden, spätestens am 14. Dezember 1924 erfolgen.

Räumung Dortmunds.

Abmarsch der Truppen am Mittwoch.

Der Dortmunder Hauptbahnhof ist am Sonntag von der Regie geräumt und von der deutschen Eisenbahndirektion wieder übernommen worden. In der Nacht zum Montag erfolgte die Übergabe der in der Dortmunder Zone von der französischen Regie verwalteten deutschen Eisenbahnlinien an die deutschen Behörden.

Die Abwicklungsarbeiten werden noch einige Tage in Anspruch nehmen. Die Regie-Eisenbahner französischer Nationalität sind schon abtransportiert und werden in Mainz untergebracht. Dort werden sie eingekleidet und ihren früheren Eisenbahnformationen zugeteilt. Der Abmarsch der Truppen aus dem Bezirk Dortmund soll am Mittwoch beginnen. Der Bestimmungsort der aus Dortmund abrückenden Truppen wird von den Franzosen noch geheimgehalten, doch verlautet, daß Recklinghausen und Düsseldorf als neue Garnisonen in Aussicht genommen sind.

Gegen die Zerstörung der Zeppelinwerft.

Amerikaner und Engländer protestieren.

In Newyork fand im Waldorf-Astoria-Hotel zu Ehren der Zeppelin-Fahrer ein Festessen statt, an dem zahlreiche amerikanische Offiziere, Großindustrielle und Fachschriftsteller auf dem Gebiete der Luftschiffahrt teilnahmen. In mehreren Tischreden wurden die Taten der deutschen Luftschiffer begeistert gefeiert und man gab der Bewunderung für Deutschlands Fortschritte auf dem Gebiete der Luftschiffahrt rückhaltlos Ausdruck. U. a. wurde von amerikanischer Seite betont, die Zerstörung der Luftschiffwerft Friedrichshafen würde die Kultur um 50 Jahre zurückwerfen; gleichzeitig sprach man die Hoffnung aus, daß Deutschland noch viele solcher Luftschiffe bauen möge. **Auch der englische Schriftsteller Grey protestierte gegen die Zerstörung der Anlagen in Friedrichshafen. Er betonte, das vernünftige England habe für Männer vom Schlage Eckeners nur Gefühle der Freundschaft und Dankbarkeit.** Die Zerstörung der Luftschiffwerft würde ein Verbrechen gegen die Zivilisation sein.

Preußischer Landtag.

(352. Sitzung.) tt. Berlin, 18. Oktober.

Nachdem das Haus die Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Hoffmann-Guben (Soz.) wegen Unterschlagung im Amt erteilt hat, wird die Beratung des Wohlfahrtshaushalts mit der allgemeinen Besprechung zum Abschnitt „Volksgesundheit" fortgesetzt.

Minister Dr. Hirtsiefer: Im ersten Halbjahr 1924 ist der Gesundheitszustand der Bevölkerung erfreulicherweise etwas besser geworden, der Tiefstand scheint überwunden zu sein. Unzutreffend ist die von kommunistischer Seite aufgestellte Behauptung, daß die Haffkrankheit von im Kriege verwendeten Giftstoffen herrühre. Das Nahrungsmittelgesetz wird umgearbeitet werden zum Zweck einer sorgfältigeren Handhabung der Kontrolle. Der Minister bekämpft jeden Versuch einer Durchbrechung des Impfgesetzes und äußert sich über die Gesundheitszeugnisse vor Eingehung einer Ehe dahin, daß diese Einrichtung nur durch Reichsgesetz zu erlangen sei und im Reiche beständen noch gewisse Bedenken.

Nachdem die Beratung des Abschnittes „Volksgesundheit" beendet ist, beginnt das Haus die Besprechung des Wohnungs- und Siedlungswesens und vertagt sich bis Montag.

(353. Sitzung.) tt. Berlin, 20. Oktober.

Der Antrag der Sozialdemokraten, der Demokraten und des Zentrums, der den Abbau der Kommunalwahlbeamten von der Zustimmung der Aufsichtsbehörde abhängig machen wollte, sollte verhandelt werden. Zu dem sozialdemokratischen Antrag hatte die Deutsche Volkspartei einen Abschwächungsantrag eingebracht. Als es zur Abstimmung kam, beantragte der deutschnationale Abgeordnete Ebersbach über beide Anträge namentliche Abstimmung. Ein großer Teil der Abgeordneten der Rechtsparteien verließ den Saal, so daß das Haus beschlußunfähig wurde, da nur 154 Abgeordnete an der Abstimmung teilnahmen. Der Präsident beraumte eine neue Sitzung an, in der die Beratung des Etats des Wohlfahrtsministeriums fortgesetzt wurde.

An der Debatte, die sich mit dem Wohnungs- und Siedlungswesen befaßte, nahmen die Abgeordneten Meyer-Solingen (Soz.), Sonnemann (Deutschnat.), Dr. Grundmann (D. Vp.) teil. Die beiden letzten Redner sprachen sich für baldige Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft aus.

Eine Kinokatastrophe in Athen.

25 Kinder getötet.

In Athen ereignete sich ein entsetzliches Unglück, dem zahlreiche Menschenleben zum Opfer fielen. Bei einer Kindervorstellung in einem Lichtspieltheater geriet durch Unachtsamkeit ein Taschentuch in Brand. Der sich entwickelnde Brandgeruch verursachte eine Panik, die durch den Angstschrei eines Erwachsenen „Feuer! Rettet euch!" sich ins Ungemessene steigerte. Die Kinder versuchten die Ausgänge zu gewinnen. In dem hierbei entstehenden fürchterlichen Gedränge wurden 25 Kinder getötet. Auch ein Feuerwehrmann, der in die flüchtenden Massen Ordnung zu bringen versuchte, verlor hierbei sein Leben. Man zählt überdies 21 schwerverletzte Kinder. In den Spitälern, wo die Eltern ihre dort aufgebahrten Kinder agnoszierten, spielten sich herzzerreißende Szenen ab.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Kündigung des Lohnabkommens der Eisenbahner.) Wie gemeldet wird, haben die Eisenbahnerorganisationen beschlossen, das Lohnabkommen mit der Reichsbahngesellschaft zu kündigen und die Kündigung einzureichen. Die Gewerkschaften fordern eine Beantwortung ihrer Forderungen in möglichst kurzer Zeit, da die Stimmung unter den Eisenbahnern, auch der Beamten und Arbeiter, die den gemäßigten christlichen Verbänden angehören, eine außerordentlich erregte sei.

Greiz (Vogtland). (Beendeter Gas- und Wasserstreik in Thüringen.) Der Streik in den städtischen Gas- und Wasserwerken ist beendet. In Weimar ist es zu einer Einigung gekommen auf der Basis von 6 Pfg. Zulage je Stunde; gefordert waren 10 Pfg. Ferner wird ein Wirtschaftsausgleich von 10 und 5 Mark gewährt. Durch diesen Weimarer Beschluß ist auch der Streik in weiteren 18 Thüringer Ortschaften beendet.

Mülheim. (Wieder volle Arbeitszeit bei Thyssen.) In der Eisengießerei und Maschinenfabrik Thyssen ist die Kurzarbeit von 50 auf 40 Stunden beschränkt worden, so daß jetzt nur noch ein Tag in der Woche arbeitsfrei bleibt. Am 1. November sollen sämtliche kurzarbeitenden Betriebe wieder voll beschäftigt werden.

Streik der Berliner Börse.

Die erdrückende Umsatzsteuer.

Berlin, 20. Oktober.

Vor Beginn der Berliner Effektenbörse fand eine spontane Kundgebung der Börsenbesucher gegen die Höhe der Umsatzsteuer statt. Schließlich wurden die Börsenbesucher aufgefordert, als Protest gegen die das Börsengeschäft erdrosselnde Umsatzsteuer die Börse zu verlassen. Der Börsenvorstand trat zu einer Sitzung zusammen, um über seine Stellungnahme zu den Vorgängen zu beraten. — Im weiteren Verlauf kam der Börsenvorstand zu dem Entschluß, den Verkehr an der Wertpapierbörse gänzlich ausfallen zu lassen. Dieser weitgehende Beschluß soll die Protestaktion wirksam unterstreichen und der Regierung vor Augen halten, daß die Beibehaltung der gegenwärtigen Gebühren für die Börsenumsatzsteuer zwangsnotwendig zu einem völligen Erliegen des Börsengeschäfts und damit zu großen Schwierigkeiten für die deutsche Bankwelt wie für die gesamte Wirtschaft überhaupt führen muß. Das Effektengeschäft hat infolge der hohen Börsengebühren ganz ungemein nachgelassen, so daß es schließlich, wie auch in den täglichen Berichten von der Börse zum Ausdruck gebracht war, zu einer völligen Verödung des Geschäftes kam.

Börse und Handel.

* **Die Berliner Devisenbörse vom 20. Oktober** stellte trotz des Streiks der Effektenbörse die Kurse der ausländischen Zahlungsmittel fest, und zwar wurden amtlich notiert: Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 18,82—18,91; holl. Gulden 163,99—164,81; Danz. 75,21—75,59; franz. Frank. 21,97—22,09; belg. 20,18—20,28; schweiz. 80,42—80,82; Italien 18,28—18,39; schwed. Krone 111,47—112,03; dän. 72,22—72,58; norweg. 59,75—60,05.

Amtliche Preise an der Berliner Produktenbörse

Getreide und Ölsaaten je 1000 Kg. sonst je 100 Kg.
In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.

	19. 10.	18. 10.		19. 10.	18. 10.
Weiz., märk.	222-228	223-229	Weizkl. f. Brl.	13,6	13,8-14
mitteld.	—	—	Roggkl. f. Brl.	13-13,2	13,2
Rogg., märk.	222-227	222-229	Raps	390-400	390-400
pommerscher	—	—	Leinsaat	400-410	390-400
westpreuß.	—	—	Viktor.-Erbs.	34-38	34-38
Futtergerste	215-230	215-230	kl. Speiseerbs.	25-27	25-27
Braugerste	240-270	240-270	Futtererbsen	19-20	19-20
Hafer, märk.	186-193	186-193	Peluschken	17-19	17-19
pommerscher	176-184	176-184	Ackerbohnen	20-22	20-22
westpreuß.	—	—	Wicken	19-20	19-20
Weizenmehl			Lupin., blaue	14-15	14-15
p. 100 Kil. fr.			Lupin., gelbe	16-19	16-19
Bln. br. inkl.			Seradella	14,5-16	15
Sack (feinst.			Rapskuchen	16,2	16-16,3
Mrk. ü. Not.)	32-35,2	32-35,2	Leinkuchen	25,2	26-26,5
Roggenmehl			Trockenschtzl.	11	11
p. 100 Kil. fr.			vw. Zuckschn.	—	—
Berl. brutto			Torfml. 30/70	9,25	9,25
inkl. Sack	31-35	31,5-35,2	Kartoffelfl.	19,5-20	20

* **Nur noch Reichsmarkkonten, Fortfall der Entwertungsklausel.** Entsprechend der Umstellung der verschiedenen Konten bei der Reichsbank auf Reichsmark werden nach einer Bekanntgabe der der Berliner Stempelvereinigung angeschlossenen Banken und Bankfirmen für die Kundschaft nach Inkrafttreten der neuen Reichsmarkwährung statt der bisherigen Billionen- oder Rentenmarkkonten fortan nur noch Reichsmarkkonten geführt.

* **Wieder Rabatte im Kohlenhandel.** In der Kohlenindustrie ist man wieder dazu übergegangen, den Händlern zur Erhöhung des Kaufreizes Rabatt zu gewähren. Im Durchschnitt beträgt der Händlerrabatt 6 %. Mit diesem billigeren Bezugspreis ist die Verpflichtung zum Innehalten der Syndikatspreise beim Verkauf verknüpft. Man hofft auf diese Weise den Preisunterbietungen aus Händlerkreisen wirksam entgegentreten zu können.

Aus Brockau und Umgegend.

Brockau, den 21. Oktober 1924

Merkblatt für den 22. Oktober.

Sonnenaufgang	6^{39}	Mondaufgang	— —
Sonnenuntergang	4^{49}	Monduntergang	2^{36} N.

1811 Der Komponist Franz Liszt zu Raiding in Ungarn geb. — 1858 Auguste Viktoria, ehemalige deutsche Kaiserin, in Dolzig geb. — 1869 Der Tierbildhauer August Gaul in Großauheim geb.

* **[Voraussichtliches Wetter.]** Mittwoch: Ziemlich trüb mild, windig, zeitweise Regen. — Donnerstag: Abwechselnd heiter und wolkig, vereinzelt Regenschauer, nachts kühler, tagsüber milde.

* **[Das Gewerbeaufsichtsamt Breslau-Land]** ist am 10. September 1924 von Rehdigerstraße 32 in Breslau nach Höfchenstraße 108 3. Egt. verlegt worden. Der Fernsprechanschluß Ring 9966 ist derselbe geblieben.

* **[Die Dienststunden des Finanzamts Breslau-Land]** sind nach einem Erlaß des Herrn Reichsministers der Finanzen wie folgt festgesetzt worden: In der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März auf 8—5 Uhr, in der Zeit vom 1. April bis 30. September auf 7—4 Uhr. Sprechstunden sind am Montag, Mittwoch und Freitag in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März von $^1/_2$9—$^1/_2$1 Uhr, in der Zeit vom 1. April bis 30. September 8—12 Uhr.

* **[Das Rattengift]** muß morgen, Mittwoch, ausgelegt werden.

Das Recht am Brockauer Friedhofe.

Die letzte Sitzung der Brockauer Gemeindevertretung hatte sich u. a mit einem Antrage der hiesigen Vertreter des S.P.D. zu befassen, der darauf hinausging uneingeschränkte Redefreiheit auf dem Friedhofe zu erlangen. Dabei klammerten sich die Vertreter an den grundsätzlichen Wortlaut des Artikel 135 der Weimarer Reichs-Verfassung, ohne zu berücksichtigen, daß der folgende Artikel 136 gewisse Beschränkungen bringt. Assessor Schwarz, der bei der Brockauer Gemeindevertretung informatorisch tätig ist, hatte in der fraglichen Sitzung zu dem Antrage der S.P.D. referiert. Ist aber, wie wir schon bald die Wahrnehmung machten, nicht ganz verstanden worden. Um nun falschen oder einseitigen Auslegungen bald entgegen zu treten, bringen wir nachstehend die Ausführungen des Referenten Assessor Schwarz ausführlich:

1. Der Antrag der S.P.D. ist in der Form, wie er eingebracht ist, überflüssig, denn die Bestimmung, daß allen Brockauer Bürgern das ihnen nach Art. 135 der Reichs-Verfassung zustehende Recht gewährleistet ist, enthielte keine Erklärung, was darunter zu verstehen ist, und wäre nur eine Wiederholung des Art. 135 der Reichs-Verfassung.

2. Wenn mit diesem Antrage bezweckt wird, den § 6 der Friedhofsordnung dahin zu ändern, daß das Halten von Reden den Predigern sämtlicher Religionsgemeinschaften gestattet sei, so ist eine aus der R. V. herzuleitende Notwendigkeit zu dieser Aenderung nicht anzuerkennen.

3. Zunächst schafft der Art. 135 der R. V. nicht etwa neues Recht, wenigstens soweit Preußen in Frage kommt. Art. 12 der Preuß. Verfassungsurkunde vom 31 1. 1850 sagt: „Die Freiheit d s religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgesellschaften und der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübungen wird gewährleistet. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen."

Dasselbe sagt die Reichs-Verfassung. Auch die Einschränkung des Satz 2 findet sich in der R. V. Art. 136. Die Friedhofsordnung müßte also schon nach alten Recht gegen die Verfassung verstoßen haben.

4. Art. 135 der R. V. sagt: „Die ungestörte Religionsübung wird gewährleistet und steht unter staatlichem Schutz. Zur öffentlichen Religionsübung zählt die Ausstattung des gottesdienstlichen Gebäudes mit Türmen und Glocken, unmittelbarer Zu- und Ausgang dieser Gebäude von der Straße aus, Veranstaltung öffentlicher Gottesdienste und religiöse Feierlichkeiten innerhalb und außerhalb der Kultusgebäude, Veranstaltung von öffentlichen Umzügen und Prozessionen.

Hier käme eine religiöse Feierlichkeit außerhalb des Kultusgebäudes in Frage. Niemand kann sich aber auf den Grundsatz der Religionsfreiheit berufen, um eine Befreiung von allgemeinen gesetzlichen Pflichten herzuleiten. Art. 136 R. V. sagt: „Die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten werden durch die Ausübung der Religonsfreiheit weder bedingt noch beschränkt."

Also mit anderen Worten: Die Behörden müssen jede Predigt, jede religiöse Handlung, auch die der Atheisten, zulassen und schützen. Die religiöse Handlung muß überall zugelassen werden, außer wenn bürgerliche Rechte oder staatsbürgerliche Pflichten dadurch verletzt werden. Will also eine religiöse Gemeinschaft z. B. mitten auf dem Marktplatz eine religiöse Feierlichkeit veranstalten, eine Predigt halten oder — wie die Heilsarmee — religiöse Musikstücke aufführen, so muß dies grundsätzlich zugelassen werden. Wird dadurch aber der Straßenverkehr oder die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet, so kann die Polizei die Feier verbieten, denn dann würden die staatsbürgerlichen Pflichten, wonach jeder auf öffentliche Ordnung zu achten hat, verletzt werden. Auf Grund des Polizeiverwaltungsgesetzes kann also die Polizeibehörde auch gegen eine religiöse Handlung einschreiten, ohne daß dadurch der Art. 135 der R. V. verletzt wird. Eine Verhinderung der religiösen Betätigung ist auch dann zulässig, wenn dadurch die Feier einer anderen Religionsgemeinschaft gestört wird. Denn eine religiöse Feierlichkeit ist auch gegen Störungen durch Andersgläubige zu schützen. Schließlich — und das ist bei der Friedhofsordnung das Entscheidende — findet jede religiöse Feierlichkeit ihre Grenze in dem Eigentumsrecht desjenigen, auf dessen Grund und Boden die Feierlichkeit stattfinden soll. Wenn also die Mitglieder einer Religionsgemeinschaft ins Freie ziehen und unter freiem Himmel eine Andacht abhalten, so haben sie nicht das Recht, auf irgend einem Grundstück diese Feier abzuhalten. Denn jeder Grundstücksbesitzer kann die Feier auf seinem Grund und Boden als Eigentümer verbieten. Nur wenn der Grund und Boden, auf dem eine Predigt oder andere religiöse Feiern stattfinden sollen, im öffentlichen Allgemeinbrauch steht, hat das Eigentumsrecht des Eigentümers, der Gemeinde oder des Staates zurückzutreten.

Alle diese Beispiele, und als Beispiele sind sie nur von mir gedacht, zeigen, daß der Art. 135 der R. V. durch den Art. 136 wesentlich eingeschränkt wird, insbesondere also durch das Eigentumsrecht und Hausrecht. Ich glaube durch diese Beispiele die Bedeutung der Artikel 135 und 136 genügend dargelegt zu haben. Wenn wir die Bestimmungen der beiden Artikel auf die bestehende Friedhofsordnung anwenden, so ergibt sich Folgendes:

Nach § 6 der Friedhofsordnung kann den Predigern der freien Religionsgemeinschaften das Halten von Predigten verboten werden. Diese Bestimmung widerspricht nicht der R. V. Denn die Friedhöfe stehen nach ständiger Rechtsprechung nicht im öffentlichen Allgemeingebrauch. Der Friedhof dient der öffentlichen Fürsorge für die ungestörte Aufbewahrung der Toten und dem Andenken der Toten. Wieweit die Gemeinde als Eigentümerin sonst noch die Gebrauchserlaubnis ausdehnen will, steht in ihrem Belieben. Die Gemeinde kann den Verkehr auf dem Friedhof regeln, wie sie will. Sie tritt hier ganz als Privateigentümerin auf. Es handelt sich nicht um einen öffentlichen Platz. Niemand hat einen öffentlich-rechtlichen Anspruch darauf, den Friedhof zu bestimmter Zeit betreten dürfen. Niemand hat einen Rechtsanspruch darauf, an bestimmter Stelle beerdigt zu werden. Die Gemeinde kann jederzeit die Friedhofsordnung abändern, nur muß der Zweck des Friedhofs, nämlich die öffentliche Fürsorge für die ungestörte Aufbewahrung der Toten und das Andenken der Toten gewahrt bleiben.

Der § 6 der Friedhofsordnung widerspricht daher in seiner jetzigen Fassung nicht der Reichsverfassung. Wer dagegen verstößt, läuft Gefahr, bestraft zu werden.

Eine ganz andere Frage ist es, ob die Gemeindevertretung es für praktisch und zweckmäßig und den religiösen Interessen der Allgemeinheit entsprechend hält, die Friedhofsordnung zu ändern und jedem Prediger oder Sprecher das Predigen zu gestatten. Das ist keine Rechtsfrage, sondern eine Frage der Gemeindepolitik. Steht die Gemeindevertretung auf dem Standpunkt, daß die Interessen der freien Religionsgemeinschaften nicht genügend gewahrt sind, so wird sie die Friedhofsordnung ändern; glaubt sie dagegen, daß die Mehrheit der Brockauer Bürger eine derartige Aenderung nicht wünscht oder sich dadurch in ihren Anschauungen verletzt fühlen würde, so wird sie den Antrag ablehnen. Im übrigen sind durch den Nachtrag die Rechte der Minderheit genügend gewahrt.

---

* **[Von der technischen Nothilfe]** Die Technische Nothilfe wurde am 4. Oktober in sechs Betrieben der Gurkeneinleger und Sauerkohl-Fabrikanten von Liegnitz zur Instandhaltung der Lagerbottiche eingesetzt. Durch die Verweigerung dieser Böttcherarbeiten waren 300 000 Ztr. Weißkohl dem Verderben ausgesetzt; eine Stillegung dieser Großbetriebe hätte außerdem zur Entlassung von 600 Arbeitskräften in Liegnitz geführt.

* **[Denkmalsweihe.]** Donnerstag, den 23. Oktober, werden die Frauen der Kameraden des Kriegervereins gebeten, früh um 8 Uhr bei Herrn Hielscher beim Guirlanden binden zu helfen.

* **[Unsere Roman-Fortsetzung]** muß wegen Platzmangel fortfallen.

* **[Evangelischer Jungmännerbund Brockau.]** Dienstag, den 21. Oktober, abends 8 Uhr Uebungsabend der Musikabteilung. — Mittwoch, den 22. Oktober, abends 8 Uhr Junge-Tag-Stunde.

[Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".] Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer. Freitag, den 24. Oktober, abends 8 Uhr, Adlers Lokal, außerordentliche Mitgliederversammlung. Jeder Kamerad hat zu erscheinen. Mitgliedskarte dient als Ausweis.

* **[Radfahrer Verein Flott-Weg 1920] (früh. Solidarität).** Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Mittwoch, den 22. Oktober und Freitag, den 24. Oktober die Reigenübungsstunden für Jugendliche um 1/2 6 Uhr, für Erwachsene um 7 Uhr stattfinden. Die Theaterspielenden treffen sich an denselben Tagen um 8 Uhr zur Bühnenprobe. Pünktliches Erscheinen ist zu beachten. Außerdem werden sämtliche Mitglieder auf die Eintrittskarten aufmerksam gemacht. Dieselben sind bei Sportfreund Karl Winkler, Große Kolonie straße 1b, umgehend abzuholen.

* **[Erster Brockauer Radfahrer-Verein 1911.]** Heute, Dienstag, den 21. ds. Mts., abends 7 1/2 Uhr, Versammlung im kleinen Hielscher saal. Der wichtigen Tagesordnung wegen erwartet der Vorstand pünktliches Erscheinen aller Mitglieder. Radsportliebende Damen und Herren sind bei allen Veranstaltungen herzlich willkommen.

Provinzielles

Ohlau. (Selbstmord aus Not.) Auf einem Feldweg an der Rosenhainer Chaussee wurde Mittwoch früh eine männliche Leiche aufgefunden. Der unbekannte Tote hat ein glattrasiertes Gesicht und stand im Alter von 65—70 Jahren. In der Hand hielt er einen Revolver mit mehreren scharfen Patronen; mit einem Schuß hatte er sich getötet. In seinen Taschen fand sich nur noch ein Barbetrag von 27 Pfennigen und eine Eisenbahnfahrkarte 4. Klasse von Gleiwitz nach Breslau Hauptbahnhof. Die Leiche des unbekannten Selbstmörders wurde nach der hiesigen Leichenhalle gebracht. Wie festgestellt wurde, hat der Unbekannte der vermutlich aus dem oberschlesischen Industriebezirk in die hiesige Gegend gekommen ist, noch kurz vor dem Selbstmord versucht, an einen Schrankenwärter seinen Ueberzieher zu verkaufen. Der Ueberzieher ist dunkel gestreift der Anzug grün- und rotgestreift. Außerdem trug der Tote graugrünen Filzhut mit braunem Band und schwarze Schmetterlingskrawatte.

Liegnitz. (Der Bau der Liegnitzer Umgehungsbahn) ist zurzeit zwischen Altbeckern und Großbeckern lebhaft im Gange. Wo der Verbindungsweg zwischen diesen beiden Dörfern die Breslauer Eisenbahnlinie schneidet, erfolgen die Schüttungen für den neuen Damm; die genannte Straße wird verlegt und für sie eine Eisenbahnunterführung geschaffen. Die Umgehungsbahn wird kurz vor Großbeckern von der Hauptstrecke abgeleitet, verläuft dann in einer Kurve am Carthausabbau vorbei und zieht sich dann in gerader Linie bis zur Katzbach, wo eine neue Eisenbahnbrücke im Bau ist. Auch am Bahnhofsumbau wird flott gearbeitet. Bereits führen zwei neue Schienenstränge zu beiden Seiten der neuen Viehrampe vorüber nach dem Gebäude der neuen Eilgüterabfertigung.

Münsterberg. (Mord.) Zu dem rätselhaften Todesfall, den der Viehhändler Scheitlich aus Eisenberg auf der Heimfahrt von einer Landtour unweit seiner Behausung erlitt, haben die Ermittelungen zu verschiedenen Feststellungen geführt, die auf einen Mord schließen lassen. So konnte festgestellt werden, daß Scheitlich bei seinem Auffinden im schwerverletzten Zustande nach seiner Ueberführung in seine Wohnung die Worte hervorbrachte: „Die Aester haben mich erschlagen wollen, sie haben es aber nicht fertig gebracht!" Bald darauf verstarb er, ohne daß er noch weitere Mitteilungen hätte geben können, an einem Herzschlage. Unmittelbar neben der Stelle, wo man den Schwerverletzten fand, zeigte sich an einem Weidenbaum, daß dort ein starker dicker Ast frisch abgeschnitten war, mit dem vermutlich die schweren Schläge gegen Scheitlich geführt wurden. Die Ermittelungen nach den Tätern werden fortgesetzt.

Langenbielau. Der 70 Jahre alte Fabrikarbeiter Gustav Kalms erhängte sich in seinem Garten. Familienzwistigkeiten sollen die Ursache gewesen sein.

Nieder-Hermsdorf. Ein dreijähriges Kind des Schmiedes Franke wurde vor der Haustür der elterlichen Wohnung von der Straßenbahn erfaßt und getötet.

Patschkau. Hier wurde ein Hochstapler verhaftet, der unter dem Namen Heinrich Steiner auftrat, sich für einen begüterten Großindustriellen und Besitzer dreier großer Geschäfte in Sachsen ausgegeben und unter dieser Maske Heiratsschwindel und andere Betrügereien verübt hatte. Er stammt aus Nieder-Hermsdorf, Kreis Waldenburg.

Büchertisch.

Das **„Daheim"** schickt eine überaus farbenfreudige und inhaltreiche Werbenummer zu Beginn des **neuen Jahrgangs, des 61.,** in die Welt hinaus. Eine Durchsicht des Heftes zeigt uns, auf welcher glänzenden Höhe literarischen und künstlerischen Schaffens das Daheim zurzeit steht. Ein vaterländischer Roman von Marie Diers aus den schwersten Jahren der Napoleonszeit eröffnet in **Nr. 1** den Jahrgang. Er trägt den in der Zeit unseres Wiederaufbaues sehr gut passenden Titel: „Lat di nich ümsmieten". Der Direktor des Berliner Zoologischen Gartens, Prof. Dr. Heck, schildert in einem mit vielen photographischen Neuaufnahmen geschmückten Aufsatz Jungvolk und Neuvolk im Berliner Zoo. Farbige Bilder aus preußischen, sächsischen, bayrischen und österreichischen Schlössern zeigen die Zeit des Biedermeiers in unsern alten Fürstenhöfen; ein vorzüglicher Führer durch die Kunst dieser Zeit ist den Daheimlesern Dr. Paul Weiglin. Es schließen sich an einige Plaudereien über „Sprachscherze und Scherzreime" und „Kienäppel und Bratäppel". Es folgt dann das „Frauendaheim" mit einem reichillustrierten Artikel über Kreuzstich, Abendkleider und Herbstmäntel. Nicht unerwähnt bleiben darf auch der vielbenutzte Briefkasten des Daheim und im Anhang der weltbekannte Personal-Anzeiger, der vom Rufe des Daheim untrennbar und ein treuer Gehilfe der Frauen ist. Für Unterhaltung und Ergötzung der Kinderwelt sorgt die farbige Jugendbeilage des Daheim unter dem Titel: **„Arche Noah"**, welche dem Daheim lose beiliegt und so für die Kinder eine eigene Zeitschrift bildet. Das Daheim kostet **monatlich Gm. 1.60,** bzw. **40 Pf.** für **jede Einzelnummer.**

Vermischtes.

= **Menschenschmuggel an der kanadischen Grenze. Die strengen Prohibitivgesetze der Vereinigten Staaten haben, wie bekannt, das Schmugglerwesen trotz aller damit verbundenen Gefahren zu hoher Blüte gebracht. Es hat sich ein modernes Piratentum entwickelt, zu dessen Bekämpfung das Bundesschatzamt nicht weniger als 300 gut ausgerüstete und bemannte Patrouillenboote benötigt. Einen ähnlichen Umfang hat der Menschenschmuggel an der kanadischen Grenze angenommen. Wie aus Ottawa gemeldet wird, sollen wöchentlich gegen 300 Fremde über die Grenze geschmuggelt werden. Dieses recht einträgliche Geschäft hat eine Gesetzlosigkeit im Grenzgebiet erzeugt, wie sie seit Menschengedenken nicht mehr beobachtet wurde.**

Schlußdienst.

Vermischte Drahtnachrichten aus aller Welt.

Zusammenbruch einer Kreissparkasse.

Halle, 20. Oktober. **Die Torgauer Kreissparkasse, welche unvorsichtige Bankgeschäfte betrieb, erlitt rund 300 000 Mark Verlust. Zur Vermeidung des Konkurses unternimmt der Kreis eine Stützungsaktion. Sparkassendirektor Budde wurde vom Amt suspendiert und Landrat Drews beurlaubt.**

Die Einigung im thüringischen Gemeindearbeiterstreik.

Weimar, 20. Oktober. **Die in Weimar anläßlich des thüringischen Gemeindearbeiterstreiks am 15. Oktober begonnenen Verhandlungen führten zur Einigung, wonach die Arbeit von den Gemeindearbeitern wieder aufgenommen wurde. Die Einsätze der Technischen Nothilfe in den Gaswerken zu Jena, Eisenach und Ruhla sowie im Schlachtviehhof und auf dem Friedhof kamen infolgedessen am 17. bzw. 18. Oktober zu ihrem Ende.**

General Hugo von Freytag-Loringhoven gestorben.

Weimar, 20. Oktober. Gestern starb der in Weimar lebende General der Infanterie Freiherr von Freytag-Loringhoven, stellvertretender Generalquartiermeister im Weltkriege, nach schwerer Krankheit. Der General war Dr. h. c. der Universität Berlin und Ritter des Ordens Pour le mérite für Wissenschaft und Künste.

Tirpitz verteidigt die Annahme des Dawes-Paktes.

München, 20. Oktober. Großadmiral von Tirpitz hatte vor einem geladenen Wählerkreis in München Ausführungen über die politische Lage und besonders über das Londoner Abkommen gemacht. Die Ablehnung der Dawes-Gesetze hätte dazu geführt, daß Deutschland außenpolitisch vollkommen isoliert gewesen wäre und die Weltmeinung einschließlich der Neutralen geschlossen gegen sich gehabt hätte. Er sei mit aller Energie für eine Regierungszusammensetzung eingetreten, die nationale Belange über alle Parteiinteressen stellt.

Deutsche Wirtschaftshoheit für Aus- und Einfuhr.

Koblenz, 20. Oktober. **Die Verhandlungen der deutschen Delegation in Koblenz mit der Rheinlandkommission haben dazu geführt, daß auch auf dem Gebiet der Ein- und Ausfuhrregelung nunmehr die deutsche Wirtschaftshoheit im besetzten Gebiete wieder hergestellt wird. Die interalliierten Ein- und Ausfuhrämter in Bad Ems und Düsseldorf stellen ihre Tätigkeit ein. Anträge auf Ein- und Ausfuhr von Waren sind daher von jetzt ab an den Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligung in Berlin W. 15, Lietzenburger Straße 18, zu richten.**

Auch Mannheim geräumt.

Mannheim, 20. Oktober. **Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, werden die Franzosen das Mannheimer Schloß und den Hafen morgen früh räumen.**

Dementi des Freiherrn von Gayl.

Königsberg, 20. Oktober. **Freiherr von Gayl, der mehrfach als künftiger deutschnationaler Minister bezeichnet worden ist, teilt mit, daß keine berufene Stelle bisher mittelbar oder unmittelbar mit ihm über einen etwaigen Eintritt in das künftige Kabinett überhaupt nur Fühlung genommen habe. Aus politischen und anderen Gründen habe er nicht den Ehrgeiz, sich als Minister zu betätigen.**

Der Brand von Kanton.

London, 20. Oktober. **Nach einer Meldung aus Hongkong sind in Kanton insgesamt 4000 Häuser durch Feuer eingeäschert worden. Der Schaden wird auf 10 Millionen Dollar geschätzt.**

„Z. R. 3" übernimmt Dienst nach Panama.

Newyork, 20. Oktober. **Wie verlautet, erwägt das Marineamt den Vorschlag, „Z. R. 3" in einigen Monaten in den regelmäßigen Passagier- und Postdienst nach Panama einzustellen, mit Havanna als Anlegehafen.**

Heftige Kämpfe in China.

Peking, 20. Oktober. **An der Schanhaikwanfront wurde gestern den ganzen Tag erbittert gekämpft. Die Truppen Tschangtsolins griffen ununterbrochen an, wurden jedoch zurückgeschlagen. Wupeifu behielt seine Verteidigungsstellung bei Tschiumen bei. Hier trafen Verstärkungen ein, um sich an einem neuen Vorgehen zu beteiligen, von dem man gute Erfolge erwartet.**

Prima Speisekartoffeln

von morgen eintreffendem Waggon

bieten an

Breslauer Konsum Verein Läger 60 u. 86.

Lobe-Theater.

Dienstag, Mittwoch und Donnerstag 8 Uhr:
„Dantons Tod"
Mittwoch nachmittag 3½ Uhr:
„Die Hermannsschlacht"
Freitag zum 1. Male und folgende Tage 8 Uhr:
„Sechs Personen suchen einen Autor"

Thalia-Theater.

Dienstag bis Freitag 8 Uhr:
„Die blaue Maus"
Sonnabend, den 25. Oktober, abends 8 Uhr:
Gastspiel **Erich Kaiser-Titz** in
„Der Herr Verteidiger"

Schauspielhaus.

Dienstag und folgende Tage 8 Uhr:
„Der süße Kavalier"

Textbücher

sind in E. Dodeck's Buchhandlung zu haben.

Liebich-Theater.

Oktober 1924.
Täglich 8 Uhr:
Gastspiel
Siegmund Breitbart
der
„Eisenkönig".
Erstes Auftreten nach seiner Rückkehr aus Amerika.
Fiamette Hildegarde
Deutschlands beste Tanzkünstlerin
Willy Bolesko
Rheinischer Komiker
Die drei Swift
Eine große Ueberraschung
Togo Hata
Die unerreichten Japaner
Jean Clermont
mit seinem Wanderzirkus
Patty Frank-Truppe
Die Weltbekannten!
Reka
Universal-Musik-Virtuose
Green, Wood & Violet
Amerikanischer Humor

Schauburg
Viktoria-Theater.

Neue Taschenstrasse 30/33.

Täglich abends 8 Uhr
Die große Revue-Operette:
Eine tolle Nacht!
I. Akt: Breslauer Hauptbahnhof.
II. Akt: Im Circus Busch, Breslau.
III. Akt: In der „roten" Mühle.
IV. Akt: Auf der Wache.

Als Gast: J. Ewald, die „Ueberragende" — **M. Felgar,** der Stern der „Liliputaner" — **Miß Jackson,** die Afrikanerin — **Leo Leffler,** vom Metropol-Theater, Berlin — **Hellmuth Hallendorf,** der Bekannte — **Adolf Hartley,** der „länglich" Unerreichbare — **Sascha Sassanoff,** von der Petersburger Oper — **Max Walden,** der „Urkomische — **Fritz Heiter — Gustav Rothe.**

Schlager-Einlagen:
Fräulein, woll'n Sie nicht? von Willy Prager — **Neger-Wiegenlied — Komm, mein Schelm! — Laufe keiner Frau nach — Glocken der Liebe — Breslauer Frauenlob — Pleite! Pleite!**

Vorverkauf: 10—1 Uhr u. ab 6 Uhr.

Preisabbau!

Kommet, sehet u. staunet
Massanzüge von G.-Mk. **66** an
— Aeusserst billige Preise —
Neueste Stoffe jederzeit vorrätig!
— Teilzahlung gestattet. —
Schneidermeister
Karl Zimmermann,
Breslau II,
Neudorfstrasse 60.

Zähne
Plomben
von 2 Mark an.
Dentist Schade,
Bahnhofstraße 7.
Sprechstunden
jetzt täglich
Nachm. v. 1—5 Uhr.
Teilzahlung gestattet.

Dixin

macht Dir das Waschen leicht — es ist in Güte unerreicht;
beim Waschen
Scheuern und beim Putzen ist es von allergrößtem Nutzen!

Alle Arten
Möbel
einfach und elegant zu meine
stattbekannt billigen Preisen
bei günstigen Zahlungsbedingungen.
Otto Brandt
Breslau,
Kirchstrasse 19 und Kupferschmiedestr. 41.

Gardinen
Angebot!
Billigere Preise!
Stores u. Bettdecken per Stück 5.50
Tüll-Fenster-Garnitur., 3 teilig . . . . . 8.—
Madras-Gardinen, bunt, 3 teilig . . . . 11.—
Filét-Stores, echte Handarbeit . . . . . 18.—
Chaiselongue-Decken 15.—
Portieren . . . . 13.—
Tischdecken . . 6.—
Vorhänge 6.50, 7.50
Viele Empfehlungen.
Maria Leder,
Luisenplatz 14, I.
Kein Laden.
8—6 Uhr.

Möbel!
H. Feige
Neumarkt 12
1. Etage.
Reelle Bedienung.
Beste Empfehlung.

RINO-SALBE
bewährt und empfohlen bei
FLECHTEN
HAUTAUSSCHLAGEN
KRAMPFADERGESCHW.
FROSTSCHADEN / ALTE WUNDEN
RICH. SCHUBERT u. CO.
G. m. b. H.
WEINBÖHLA - DRESDEN
zu haben in den Apotheken

Metallbetten
Stahlmatr. Kinderbett
dr. a. Priv., Kat. frei K. 66
Eisenmöbelfabk. Suhl

Spielkarten
hält vorrätig
Buchhdlg. Dodeck

Zahnpraxis Gaycken
Ohlauerstr. 23 (Eisenhaus Sckeyde)
Sprechzeit: Werktag 8—6 Uhr. Sonntag 8—2 Uhr.
Tel. Ohle 6218. Gegr. 1909.
Spezialität: Brücken.
Kronen garant. 20 Karat Gold 15 Mk. Stiftzähne 10 Mk.

Radio-Sonderwoche!
Preise bedeutend herabgesetzt!
— Umtausch gestattet. —
Auf Apparate und Hörer 5% Rabatt!
Nur hochwertige Qualitätsware.
Der gute **Zisa**-Hörer 8000 Ohm . 8.— Mk.
Ia Hörer, 4000 Ohm . . . . . 6.50 „
Radioapparat „Perfekt", Reichweite 30 km . . . . . 9.— „
Spulenapparate . . . . . 2.— „
Zubehör für Röhrenapparate billigst.
Friho, Sensiblator, Rex, Maho, die besten Detektoren.
Neutron, das beste Kristall der Welt, frisch aus England eingetroffen
Markonit, Harzit, Talit, die guten Kristalle.
Siemens, Neufeld-Kuhnke, Dr. Nesper, Ahemo. A. G. T.
Funkspruch und andere Markenhörer billigst.
Komplette Anlagen! Weitgehendste Garantie!
Radiohaus Wachtplatz,
Breslau, Friedrich-Wilhelmstr. 16.

Bekannt gut u. billig
kaufen Sie
Radio-Apparate
sowie **Doppelkopfhörer**
4000 und 8000 Ohm bei
„Elektra" **Breslau I** Nikolaistr. 16/17
Telefon: Ring 9274. — Schriftliche Garantie!
Vorzeiger dieser Annonce erhält 5% Extra-Rabatt.

Lehrer Obst's Haus-Tee-Kuren
Ein Segen der Volksgesundheit!
Asthma-, Blasen-, Bleichsucht-, Blut- und Darmreinigungs-, Diarrhöe-, Fieber-, Frauen-, Hals-, Hämorrhoiden-, Herz-, Leber-, Lungen-, Magen-, Nerven-, Nieren-, Rheuma-, Gicht-, Schwitz-, Wassersucht-, und viele **Spezialtees,** wie **Angst-, Arterien-, Abmagerung-, Flechten-, Fallsucht-, Fettsucht-, Gallenleiden-, Haarausfall-, Ischias, Krebs-** und **Geschwüre-, Lähmungs-, Skrofel-, Weissfluss-, Würmer-, Zuckerkrankheit** und viele andere, best bewährt, selbst in anscheinend hoffnungslosen Fällen, worüber ungezählte Dankesbriefe! Man mache genaue Angaben. Drucksachen kostenlos. Rückporto.
1/1 Monatspaket M. 3,00 1/2 Paket 100 gr. **M. 1,50**
Hauptvertrieb für Sehles. **Hygiea-Apotheke, Breslau, II** Tauenzienstr. 91, Ecke Grünstr.
2 Minuten vom Hauptbahnhof.
Verlangen Sie die Tees in Ihrer Apotheke.
Näheres durch den allein. Hersteller:
R. Obst, Herrmannsdorf, bei Breslau.

Katholischer Gottesdienst in Brockau.
Dienstag und Freitag abends 8 Uhr: Rosenkranzandacht.
Sonnabend ¼8 Uhr: Schulmesse f. d. Volksschüler.
Sonnabend nachm. 5 Uhr: Beichte f. alle Beichtkinder.

Freie evangelische Gemeinde Brockau.
(Güntherstraße 21)
Dienstag, den 21. Oktober.
Abends 8 Uhr: Versammlungen für junge Männer und Mädchen.
Thema: „Das Ich und die Welt".
Jugendsekretär Krull.
Donnerstag, den 23. Oktober.
Abends 7 Uhr: Bibel- u. Gebetstunde.
Pred. Kuwatsch.

Die gegenwärtige und zukünftige
Weltlage
im Lichte der Bibel
öffentlicher Vortrag
Montag, den 27. Oktober, abends 8 Uhr:
Christi Wiederkunft,
ihre Bedeutung für unsere Erde.
In Hielscher's Festsälen
Referent: **A. Arnold-Breslau.**
Eintritt frei! Eintritt frei!

Statt Karten.

Ihre am 18. Oktober vollzogene Trauung beehren sich hiermit anzuzeigen

Erich Höfig und Frau
Gertrud, geb. Schön.

Gleichzeitig sagen wir für die anlässlich unserer Vermählung uns erwiesenen Aufmerksamkeiten herzlichen Dank, ganz besonders danken wir den Bewohnern der Häuser Breslauerstr. 24 und Heydebrandstr. 2.

Durch überaus zahlreiche Beglückwünschungen und ehrende Gaben ist uns zu unserem

Silbernen Ehejubiläum

am 11. Oktober ein Fest bereitet worden, das einen unauslöschlichen Markstein im Leben unserer Familienangehörigen bilden wird. Allen, die unser in Verehrung gedacht, aufrichtigen Dank!

Brockau, den 20. Oktober 1924.

Rektor M. Schnabel und Frau
Elisabeth.

Der oberschlesische Wanderer

Mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage
Oberschlesien im Bild
ist die älteste und weitverbreiteste Tageszeitung Oberschlesiens
das beliebteste Familienblatt in Stadt u. Land
Kein Oberschlesier versäume
sein Heimatsblatt beim Postamt oder direkt beim Verlag in Gleiwitz sofort zu bestellen.
Anzeigen vermittelt die Geschäftsstelle der „Brockauer Zeitung" ohne jeden Aufschlag.

Senta
die fabelhafte Büro- und Reise-
Schreibmaschine
Lieferant: **Anton Rückwald, Dresden Nr. 6**
Albertstraße 33.